

Langfassung

Herausforderung Zukunft

**Hier geht's
nach Morgen!**

Junges reformorientiertes Impulspapier zum
Zukunftskongress von Bündnis 90 / Die Grünen

Im Internet:
www.Herausforderung-Zukunft.de



2

Inhalt

Präambel	3
Für einen neuen Aufbruch	3
Für einen besseren globalen Ordnungsrahmen	4
Europa aus der Krise führen	4
Spielräume nutzen, Deutschland voranbringen	5
Für einen aktiven, dauerhaft gestaltungsfähigen Staat	5
Für eine neue Gründerzeit und einen starken Mittelstand	6
Für eine selbstbewusste und moderne Umweltpolitik	8
Den Klimawandel bekämpfen	8
Weniger ist mehr	9
Umweltpolitik ohne Regelungswut	9
Global denken – aktueller denn je	10
Für eine grüne Bildungsrevolution	11
Früh übt sich – ein guten Start für alle Kinder	11
Schule radikal umbauen	12
Hochschule neu denken: Bildungsexpansion statt Magersucht	13
Für neue Wege in die Teilhabegesellschaft	15
Für eine soziale Grundsicherung	15
Nein zum bedingungslosem Grundeinkommen	16
Gezielte Aktivierung: Für mehr Jobs	17
Die Autoren	18
Die Unterstützer	18

Layout & Satz / Internetseite & Hosting:
Typo3 **4GREENS** - www.Gruenes-CMS.net, ein Service der
beCRE8TIVEstudios GbR - www.Kreatives-Inter.net

Präambel

Die Autorinnen und Autoren, die Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Papiers möchten die Gedanken junger reformorientierter Grüner in die Debatte der programmatischen Weiterbildung der Grünen einfließen lassen. Wir wollen Herausforderungen und Missstände klar und deutlich benennen, Denkanstöße geben und unsere Ideen und Konzepte zur Diskussion stellen, um so die begonnene Neuorientierung der Grünen voranzutreiben. Unser Papier richtet sich an die Grüne Partei insgesamt, wengleich auch für Nordrhein-Westfalen spezifische Thematiken angesprochen werden.

Für einen neuen Aufbruch

Wir Grüne richten den Blick nach vorne. Nach den einschneidenden politischen Veränderungen des Jahres 2005 diskutieren wir in einer breit angelegten Zukunftsdebatte unsere Perspektiven. Nach sieben Jahren Regierungsverantwortung im Bund und zehn Jahren in NRW gibt es in der Partei ein großes Maß an Diskussionsbereitschaft über die strategische Ausrichtung der Grünen für die nächsten Jahre. Mit diesem Text wollen wir als junge und reformorientierte NRW-Grüne unseren Beitrag zu der aktuellen Debatte in der Partei leisten. Pessimismus oder Verzagtheit mit Blick auf die anstehenden Aufgaben liegen uns fern. Vielmehr wollen wir den Mut zur Diskussion neu beleben. Wir Grüne haben in den sechsundzwanzig Jahren unseres Bestehens viel angestoßen und verändert. Wir haben bewiesen, dass wir sowohl aus der Opposition wie aus der Regierungsverantwortung heraus unsere Inhalte umsetzen und das Land verändern können. Schon 2002 haben wir mit unserem aktuellen Grundsatz-Programm die Linien grüner Politik neu formuliert und gestärkt.

Die Uhr für grüne Politik ist nicht abgelaufen. An vielen Stellen der Gesellschaft und in den Medien ist eine Renaissance ökologischer Fragen und Politikansätze erkennbar. Fast in allen Parteien werden umweltpolitische Themen diskutiert und medienwirksam transportiert. Wurden jene Fragen von denselben Akteuren noch in den vergangenen Wahlkämpfen als unnötige Bremsklötze und Ballast für die wirtschaftliche Entwicklung abgetan, versuchen diese uns jetzt mit wohlklingenden, aber fadenscheinigen Öko-Beschlüssen Konkurrenz zu machen. Diese Strategie ist leicht durchschaubar, die riesige Diskrepanz von warmen Worten und konkretem politischem Handeln liegt auf der Hand. Für ein Ausruhen auf unseren Lorbeeren besteht dennoch kein Anlass – die Grünen müssen weiter den Weg nach vorne aufzeigen.

Derzeit sind wir weder auf Landes- noch auf Bundesebene an einer Regierung beteiligt, dennoch drängen wir weiterhin auf Gestaltung! Wir werden uns nicht in der Rolle der Oppositionspartei einrichten, sondern werden diese Zeit nutzen, um aktiv an der Erweiterung unserer politischen Handlungsmöglichkeiten zu arbeiten. Dazu dient der bundesweite Zukunftskongress der Grünen Anfang September in Berlin, der bereits in diesem Frühjahr mit zahlreichen regionalen Zukunftsforen vorbereitet wurde. Wir Grünen haben jetzt die Chance unseren Anspruch „Ideenwerkstatt“ zu sein, endlich umzusetzen. Dabei dürfen wir vor grundsätzlichen und reibungsvollen Debatten nicht zurückschrecken - diesen Diskurs zu erzeugen, auszuhalten und konstruktiv zu nutzen ist eine der wichtigsten Aufgaben vor denen wir als Grüne Partei stehen. Das Ende der rot-grünen Koalitionen bietet Anlass und Gelegenheit um Erfahrungen zu bilanzieren und in eine intensive Debatte über grüne Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Zeit einzutreten. Es geht darum, das Profil der Grünen als Erneuerer und als Partei zukunftsorientierter Reformen wieder deutlicher zu schärfen. In dieser Debatte zählen für uns vor allem neue Ideen und zukunftsweisende Perspektiven, nicht aber Koalitionspräferenzen und Farbspielchen, die lediglich aktuelle Parlamentskonstellationen im Blick haben.

Für einen besseren globalen Ordnungsrahmen

Wir Grüne machen uns nichts vor: Wir leben in stürmischen Zeiten, weil der Markt global geworden ist, ohne dass er von einem entsprechenden globalen Ordnungsrahmen zivilisiert wird. Europa hätte die Größe und das Gewicht, dem Marktfundamentalismus Wirksames entgegenzusetzen und ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Sozialmodell zu entwickeln, das in die ganze Welt ausstrahlt, bleibt aber hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Nationalstaaten würden gerne eine dauerhaft tragfähige, überzeugende Antwort auf die globale Herausforderung geben, sind dazu aber zu klein und schwach, auch wenn nach wie vor Spielräume vorhanden sind. Die Entwicklung eines besseren globalen Ordnungsrahmens ist daher eine der zentralen politischen Herausforderung unserer Zeit. Die Konzepte zur Entwicklung eines derartigen Rahmens liegen seit langem auf dem Tisch, von der Aufwertung des UNEP und einer Reform der UNO, über die Einrichtung eines Weltkartellamts bis zum Umbau der WTO und der Trockenlegung von Steuerparadiesen. An guten Ideen und Konzepten mangelt es nicht, was hingegen fehlt ist der politische Wille einer ausreichend großen Zahl gewichtiger Fürsprecher. Die mickrigen Ergebnisse jahrzehntelanger globaler Klimapolitik sprechen Bände. Daher wird es zukünftig nicht auf die Ausdifferenzierung von Konzepten und Forderungskatalogen gehen, sondern allem voran um die klare Identifizierung von Bremsern und das Schmieden von belastungsfähigen Bündnissen mit Gleichgesinnten auf allen Ebenen. Kurzum geht es um existenzielle Machtfragen. Wir Grüne werden für einen besseren globalen Ordnungsrahmen kämpfen, Schritt für Schritt wollen wir den richtigen Weg weisen.

Europa aus der Krise führen

Das Problem auf europäischer Ebene ist ähnlich gelagert. Der Integrationsprozess wurde in den zentralen Gerechtigkeits- und Strukturfragen zu häufig „negativ“, durch Deregulierung, und zu selten „positiv“, durch die Schaffung neuer, rahmensetzender Regelungen vorangetrieben. Die EU hat für Liberalisierung und Privatisierung gesorgt, von der Telekommunikation bis zum Energiemarkt, hat die Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten auf unzähligen Feldern beschnitten, die weggefallenen nationalstaatlichen Gestaltungskompetenzen allerdings nur in den seltensten Fällen übernommen. Steigt das Haushaltsdefizit der Euroländer über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, schlägt die Kommission Alarm und schreitet ein. Verlagern multinationale Unternehmen ihre Steuern von einem Mitgliedsstaat in den anderen, ist in Brüssel hingegen niemand zuständig. Dies ist der entscheidende Grund für das Scheitern des Verfassungsprozesses und die handfeste Krise, in der sich Europa heute befindet.

Vorschläge wie der von Kommissionspräsident Barroso ins Spiel gebrachte 500-Millionen-Euro-Fonds für „Globalisierungsverlierer“ helfen hier nicht weiter. Die Bürgerinnen spüren den Kategorienfehler, der solchen Maßnahmen zu Grunde liegt, nämlich dass hier mit einem Millionenprogramm auf ein Strukturproblem geantwortet wird. Statt sich mit solchen Programmen lächerlich zu machen, muss die Union mit ordnungsrechtlichen Instrumenten tätig werden. Doch auch hier muss die Machtfrage gestellt werden: Gelingt es nicht, in den wesentlichen Steuerungsbereichen das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einzuführen oder mit einer Gruppe Gleichgesinnter voranzugehen, werden gute Vorschläge immer wieder durch nationale egoistische Trittbrettfahrer blockiert werden. Daher hängt der Fortgang der europäischen Integration heute viel mehr an scheinbar trockenen, verfahrensrechtlichen Fragen als an der Formulierung einer wohlklingenden Verfassungspräambel, einer Verschlankung des gescheiterten Verfassungsvertrags oder der Demokratisierung des Europäischen Parlaments. Mehrheitsentscheidungen sind die Voraussetzung für alle weiteren Fortschritte. Erst wenn wir für Mehrheitsentscheidungen gesorgt haben, können wir erneut daran gehen, unser Wunschkpaket für eine bessere Gestaltung der europäischen Integration und der Globalisierung nach Innen und Außen zu schnüren, von der Einführung von Mindeststeuersätzen und einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern bis zur Einführung von Kerosinsteuern und der Kürzung von Agrarsubventionen zu Gunsten einer Ausweitung der Entwicklungshilfe. Doch die europäische Integration kann nur

Für einen aktiven, dauerhaft gestaltungsfähigen Staat

funktionieren, wenn der Souverän mitgenommen wird. Auch die Grünen müssen sich für eine europäische Identität einsetzen. Allein die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament haben gezeigt, dass das Wissen um die Wichtigkeit der EU Institutionen ausbaufähig, und ein besseres Verständnis der Abläufe notwendig ist.

Spielräume nutzen, Deutschland voranbringen

Am meisten wird heute in den Nationalstaaten um tragfähige Antworten auf die globale Herausforderung gerungen, doch um dauerhaft tragfähige Antworten geben zu können, sind die Nationalstaaten zu klein und zu schwach. Vieles, was heute als politische Antwort verkauft wird, ist in Wirklichkeit nur eine Anpassung an das, was ohnehin um uns herum geschieht. Wer - wie insbesondere die FDP, aber auch Teile von CDU/CSU und SPD - derartige Anpassungszwänge als politische Vision verkauft, disqualifiziert sich selbst.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Nationalstaaten keine Spielräume mehr hätten. Allen neoliberalen Unkenrufen zum Trotz sind diese Spielräume sogar ganz erheblich, wie insbesondere die skandinavischen Staaten seit einigen Jahren beweisen. Zwar haben auch sie große Anpassungsleistungen erbracht, doch haben sie - mit der Hilfe von klugen, „zweitbesten“ Lösungen - die verbliebenen politischen Spielräume in einer beeindruckenden Art und Weise genutzt. Daran werden wir Grüne anknüpfen - und in puncto Nachhaltigkeit darüber hinaus gehen.

Für einen aktiven, dauerhaft gestaltungsfähigen Staat

Wir Grüne sehen die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte klar vor uns. In vielen Bereichen wird es darauf ankommen, mehr in die Zukunft zu investieren. Wir müssen mehr, allem voran mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren, mehr in die Förderung von Kindern und Familien, mehr in den Anschub zukunftsweisender technologischer Innovationen, mehr in die Anpassung der Infrastrukturen an den demographischen und ökologischen Wandel, und mehr in die Aktivierung und Förderung der Menschen, um ein Höchstmaß an Inklusion und Teilhabe aller sicherzustellen.

Um unsere Ziele erreichen zu können, setzen wir auf Marktprozesse, ein lebendige Bürgergesellschaft und einen aktiven, dauerhaft gestaltungsfähigen Staat. Dieser Staat muss sich vom romantischen und strukturkonservativen Rundum-Sorglos-Staat ebenso wie von einem neoliberalen „Magerstaat“ unterscheiden. Wir Grüne trauen staatlichen Institutionen viel zu ohne sie zu überschätzen.

Eine sinkende Staatsquote dadurch zu erkaufen, dass die Infrastruktur leidet, Schulen verrotten und die Universitäten schlechter ausgestattet werden macht keinen Sinn und ist nicht nachhaltig. Die skandinavischen Länder zeigen: Wenn wir das Abgabensystem intelligent umstrukturieren und klug zu nutzen verstehen, können wir die notwendigen Einnahmen für die notwendigen Investitionen bereitstellen:

Dafür brauchen wir erstens ein Abgabensystem, das weniger über Arbeit und mehr über Steuern finanziert wird. Denn nur so kann langfristig der Teufelskreis aus „Beitragssteigerungen - Arbeitslosigkeit - Beitragssteigerungen“ durchbrochen werden. Wir wollen zweitens eine duale Einkommenssteuer einführen, die zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen differenziert, um Kapitaleinkommen proportional und auf international wettbewerbsfähigem Niveau zu besteuern, während Arbeitslöhne weiterhin progressiv besteuert werden. Dabei handelt es sich um das Paradebeispiel einer „zweitbesten Lösung“, die die verbliebenen Spielräume ausschöpft. Zwar kann die Solidarverpflichtung derzeit aufgrund der Flüchtigkeit des Kapitals nicht uneingeschränkt zwischen Kapital und Arbeit durchgesetzt werden. Spielräume zur Durchsetzung von Solidarität „innerhalb einer Klasse“ gibt es aber noch immer, also zwischen Geringverdienern und Spitzenverdienern. Dass diese deshalb nicht allesamt in Scharen davonlaufen, zeigen die nordischen Staaten ebenfalls. Guten Leuten scheint es eben nicht nur auf ein gutes Gehalt anzukommen, sondern auch auf ein positives gesellschaftliches Klima, ein solidarisches Miteinander und einen Staat, der Wirtschaft und Gesellschaft auf eine lebenswerte Zukunft „programmiert“ hat. Des weiteren brauchen wir - als Ersatz für eine an-

gemessene Vermögenssteuer – eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Stifterinnen und Stifter. Auch hierbei handelt es sich um eine „zweitbeste Lösung“: Statt hohe Vermögen auf ausländische Nummernkonten zu treiben, wollen wir ein Angebot zur „intelligenten Vermögensvernichtung“ mit wohlfahrtsförderndem Effekt machen, das niemand ausschlagen kann. Wir müssen viertens weitere Spielräume erschließen, indem wir unnötige Subventionen massiv abbauen. Und wir werden fünftens weiterhin intensiv daran arbeiten, die Effizienz staatlicher Institutionen zu steigern.

Den Pfad einer immer weiter ansteigenden Staatsverschuldung müssen wir aber dringend verlassen. Schon heute schränkt der hohe Zinsendienst den Handlungsspielraum der Politik stark ein. Eine Reihe von Bundesländern werden auf absehbare Zeit keine verfassungskonformen Haushalte mehr vorlegen können, und viele Kommunen dürfen schon heute aufgrund ihrer Überschuldung ihre Haushalte nicht mehr selbständig beschließen. Würden wir uns immer weiter verschulden, gefährdeten wir die dauerhafte Gestaltungsfähigkeit des Staates, und damit auch die Möglichkeit einer zukünftigen Umverteilung von Reich nach Arm. Durch die stetige Aufnahme immer neuer Schulden legen wir heute schon fest, dass ein Teil der künftigen Steuereinnahmen an die tendenziell wohlhabenden Besitzer von Staatsanleihen gezahlt werden muss, und nicht für die wahren Bedürftigen ausgegeben werden kann. Die Schuldenaufnahme heute wird damit erkaufte, dass morgen weniger soziale Gerechtigkeit stattfinden kann. Sie verstößt also gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Auf die Wette, dass mit dem Weg stetig höherer Kreditaufnahmen irgendwann ein solches Wachstum erzeugt wird, dass die Schulden zurückgezahlt werden können, dürfen wir uns nicht einlassen. Denn auf diesem Irrweg befinden wir uns bereits seit Jahrzehnten. Statt „des ganzen Keynes“ gab es stets nur „den halben“. Schulden wurden nicht nur in schlechten sondern gerade auch in guten Wirtschaftsjahren gemacht. Unsere heutigen Probleme sind deshalb nicht die Folge von zu wenigen schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen, sondern von zu vielen.

Deshalb gibt es heute gute ökonomische und politische Gründe dafür, Kredite nur noch im Rahmen eines langfristig ausgerichteten Haushaltsstabilisierungsprogramms aufzunehmen. Wir sollten uns auf ein realistisches, durchschnittliches reales Wachstum von etwa 1 Prozent festlegen und nicht auf „Dauerlottogewinne“ von 3-4 Prozent. Bleibt dann das Einnahmewachstum kurzzeitig hinter der angenommenen Steigerungsrate zurück, würde sich der Schuldenstand kurzfristig vergrößern, im umgekehrten Falle könnten hingegen Schulden abgebaut werden. Ein solches, langfristig ausgerichtetes Konzept würde uns den notwendigen Spielraum für eine moderate, aktive Fiskalpolitik verschaffen, für mehr Generationengerechtigkeit sorgen und uns zugleich vom Wirtschaftswachstum unabhängiger machen.

Den falschen Weg hat die CDU/FDP-Landesregierung in NRW eingeschlagen: Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW geht die im Wahlkampf vollmundig versprochene Haushaltssanierung halbherzig und perspektivlos an. Statt mit einer umfassenden Aufgabenkritik (Zweck- und Vollzugskritik) staatliche Zuwendungen in den verschiedenen Bereichen auf den Prüfstand zu stellen, werden lediglich unliebsame „rot-grüne“ Projektmittel eingespart und andere Stelle (Landwirtschaftskammern) wird sogar draufgesattelt.

Für eine neue Gründerzeit und einen starken Mittelstand

Junge Unternehmen sind für unser Land so wichtig wie nie zuvor. Während es in der alten Fabrikökonomie auf Massenproduktion und Skaleneffekte ankam, kommt es heute auf hohe Innovationsraten an, also auf die gesteigerte Umsetzung von neuem Wissen in neue Produkte. Während früher der Schwerpunkt auf dem Instrumentarium der Fiskal- und Geldpolitik lag, müssen wir den Schwerpunkt daher heute auf die Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung legen und ein unternehmerisches Umfeld schaffen, in dem es Spaß macht, unternehmerische Risiken einzugehen und neues Wissen in neue Produkte umzusetzen.

Genau dieshalb sind die Skandinavier so erfolgreich: Sie investieren in Menschen! Investitionen in Bildung von der frühkindlichen Betreuung bis zum Ausbau der Universitäten

sind daher unabdingbar. Wir brauchen eine neue Qualifikationskultur, in der Weiterbildung und lebenslanges Lernen selbstverständlich wird. Daneben kommt es darauf an, ein offenes Klima zu schaffen – für Innovatives, Kreatives und Experimentelles, für Andersdenkende und für Zugezogene aus dem In- und Ausland. Eine Vielzahl von Studien zeigt: Treffen Talente und Technologie in einem Klima der Toleranz aufeinander, wird Wachstum induziert.

Was für junge Unternehmen gilt, gilt in modifizierter Form auch für den Mittelstand. Der Mittelstand bildet mehr als 80 Prozent aller Auszubildenden aus, beschäftigt knapp 80 Prozent aller Angestellten, tätigt gut 45 Prozent aller Investitionen und generiert mehr als 40 Prozent der steuerpflichtigen Umsätze. Mittelständler gehen im Gegensatz zu angestellten Managern echte Risiken ein und denken langfristig. Ihnen kommt es nicht darauf an, kurzfristig Kasse zu machen, sondern den Unternehmenswert Schritt für Schritt zu steigern. Sie sind nah an ihren Angestellten dran und fühlen sich deshalb besonders verantwortlich. Mittelständische Unternehmen sind flexibler als Großunternehmen – und kreativer dazu. Denn bürokratische Verkrustungen sind nicht nur der Fehler öffentlicher Großinstitutionen, sondern aller großen Organisationen! Deshalb stehen wir Grüne für einen starken Mittelstand – und eine aktive Mittelstandspolitik. Dabei kommt es uns darauf an, wirtschaftspolitische Interventionen zu Gunsten von Investitionen in das unternehmerische Umfeld zurückzudrängen. Einzelfallorientierte Subventionen wollen wir abbauen: Sie verzerren den Wettbewerb, setzen Fehlanreize und schaden so der gesamten Volkswirtschaft. Den hinzugewonnenen Spielraum werden wir dazu nutzen, um den Mittelstand insgesamt spürbar steuerlich zu entlasten. Zudem wollen wir Bürokratie abbauen, unter der gerade kleine und mittlere Unternehmen zu leiden haben. Dies muss nicht auf Kosten der Umwelt, der Arbeitssicherheit oder der sozialen Sicherheit gehen. Diejenigen Regeln, die man nicht ersatzlos streichen oder durch privates Haftungsrecht ersetzen kann, wollen wir in effizientere, unternehmensfreundlichere Verwaltungsabläufe einbinden. Eine Ansprechperson für alle Abläufe ist das Ziel, das wir anstreben.

Wir Grüne stehen für eine unternehmerische Kultur der Langfristigkeit, Solidität und Verantwortlichkeit. Wir wissen, dass „Shareholder Value“ keine Strategie ist, sondern nur das Ergebnis einer guten, langfristig ausgerichteten unternehmerischen Strategie. Wer sich der Taktfrequenz der internationalen Kapitalmärkte und dem Kurzfristhorizont der Spekulanten unterwirft und sich damit auf den Zwang zur schnellen Gewinnmaximierung verpflichtet, kann nicht mit unserer Unterstützung rechnen. Wer zudem die Entlohnung des Managements von der Entwicklung des Aktienkurses abhängig macht, erst recht nicht, denn dadurch wird das Kurzfristdenken auf die Spitze getrieben und die Ausplünderung von Unternehmen und Mitarbeitern begünstigt. Nicht die Interessengleichheit von Eigentümern und Vorständen wird erreicht, sondern eine Interessengleichheit von Vorständen und Spekulanten hergestellt. Enron, Citigroup, J.P. Morgan, Arthur Anderson, WorldCom, Enron und Mannesmann waren keine Betriebsunfälle, sondern systembedingt. „Shareholder Value“ und eine absurde Vergütungspraxis des Managements sind weder der Globalisierung noch dem Kampf um die besten Köpfe geschuldet, sondern führen zu hohen Wertverlusten, einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und massiven volkswirtschaftlichen Problemen.

Daher ist es Zeit für ein neues Leitbild, das seine Kraft aus den deutschen und europäischen unternehmerischen Traditionen schöpft. Das amerikanische Modell der Steuerung von 75 Prozent der Unternehmen über den Aktienmarkt ist nicht besser, sondern schlechter als das europäische Modell. Wir Europäer haben in den letzten Jahrzehnten einen funktionierenden Binnenmarkt geschaffen, eine gemeinsame Währung eingeführt und 10 ehemals kommunistische Staaten in ihrem Wirtschaftsraum integriert. Zusätzlich dazu schultern wir Deutsche die ökonomische Wiedervereinigung – und halten gleichzeitig im internationalen Wettbewerb stand. Dies ginge nicht mit einem schlechteren, sondern geht nur mit einem besseren Unternehmensmodell. Daher wollen wir die hohe Varianz von Finanzierungsmöglichkeiten in Europa erhalten, auszubauen und die Unternehmen dadurch vor dem Zwang zur Kurzfristigkeit und Verantwortungslosigkeit zu bewahren. Dass dadurch letztlich auch mehr Beschäftigung geschaffen wird, liegt auf der Hand.

Für eine selbstbewusste und moderne Umweltpolitik

Die Republik ist durch die Regierungsbeteiligung grüner geworden und hier in vielen Bereichen Vorreiter. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist gemeinsam mit dem Atomausstieg ein historischer Meilenstein. Die jüngsten Vorfälle in Schweden haben erneut die Risiken der Kernkraft deutlich gemacht, welche in Deutschland noch immer von CDU, FDP und der Atomkraft-Lobby verharmlost werden. Die wichtige Frage der Endlagerung von Atommüll ist immer noch ungeklärt. Auch wenn die SPD versucht für ein neues Öko-Image zu stehen, so verbirgt sich hinter dieser Verpackung nur ein „Umweltschutz light“ und nicht etwa ein konsequentes Weiterdenken ökologischer Politik. CDU und FDP preisen nach wie vor die Kernkraft, die SPD ist nach wie vor eng in ein Netz mit den Großlobbyisten aus der Kohleindustrie und den Energiekonzernen verstrickt.

Wir stehen vor tiefgehenden Entscheidungen: Wird der gegenwärtige Kurs ungebremst fortgesetzt, wird sich das Klima weiter drastisch verändern, Unfälle und Missbrauch von Kernkraft werden zunehmen, geostrategische Konflikte um Öl und Erdgas werden zunehmen. Deshalb müssen wir als Grüne dazu beitragen die Weichen jetzt richtig stellen, es darf keine Zeit verloren werden.

Erforderlich ist nicht weniger als eine neue industrielle Revolution, an deren Spitze wir Grüne uns setzen müssen. Etwas weniger Bürokratie hier und Steuerbelastung dort wird nicht ausreichen, um Wirtschaft zukunftsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. Für einen Strukturwandel bis an die Wurzeln brauchen wir anspruchsvolle Rahmenbedingungen, ein von Grund auf anderes unternehmerisches Umfeld und kräftige wirtschaftliche Impulse zum Anschub der entscheidenden Innovationsprozesse. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen und zu einer friedlichen internationalen Entwicklung beitragen wollen, darf Ökologie nicht – wie bei CDU/CSU, FDP und auch SPD – bloße Verzierung des Politikgebäudes sein, sondern muss zu dessen Fundament werden. Erneuerbare Energien sind kein Nischenthema mehr. Ihr Anteil am Bruttostromverbrauch ist kontinuierlich gestiegen und liegt bereits bei über zehn Prozent. Auch die anderen Parteien haben deshalb grundsätzlich die Bedeutung der „Renewables“ erkannt. Die Grünen müssen deshalb weiter ihrer ureigenen Vorreiterrolle gerecht werden und die nächsten notwendigen Schritte aufzeigen, um gegen den real existierenden Klimawandel zu kämpfen. Es gilt der alte Satz von Willy Brandt: „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“. Bis zur Mitte des Jahrhunderts muss die Hälfte des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien erzielt werden, durch ihren konsequenten Ausbau und Einsparungen im Verbrauch.

Den Klimawandel bekämpfen

Nicht allein die Gewinnung von Energie aus nachhaltigen Energiequellen ist entscheidend in der Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels. Es braucht erhebliche Anstrengungen um Treibhausgasemissionen massiv zu verringern, bis zur Mitte des Jahrhunderts muss eine Reduzierung um 80% in Deutschland stattfinden. Wichtigster Schritt der nächsten Jahre ist die Reduzierung von Energieverbrauch. Das Zeitalter des mahnenden Zeigefingers ist jedoch auch hier vorbei. Während die Grünen früher als „technikfeindlich“ galten, besteht heute die Chance grüner Politik gerade in der Erkenntnis der Wichtigkeit technischer Innovation. Arbeitsplätze durch grüne Umweltpolitik sind nicht nur Folge unserer Umweltpolitik, sondern sie zeigen auch den notwendigen Strukturwandel auf. Arbeitsplätze entstehen nicht nur auf dem Feld Erneuerbarer Energien, sondern generell durch Umwelttechnik. Produkte mit geringem Energiebedarf, Filter, Dämmtechniken etc. sind längst zu einem deutschen Exportgut geworden. Künftig müssen sich neue Produkte am energieeffizientesten Produkt messen lassen. Der Energiebedarf von Produkten wird am Weltmarkt zunehmend zur zentralen Erfolgsfrage werden. Es geht darum, eine wirtschaftliche Entwicklung weg vom Standard des

Umweltpolitik ohne Regelungswut

Mittelmaes hin zu einem optimierten Energieverbrauch zu erreichen. Die Entwicklung moderner, energieeffizienter Produkte ist eine Schlsselstrategie für die Bekämpfung des Klimawandels und die Zukunftsfähigkeit des deutschen Exportes. Gerade jüngere Menschen begeistern sich eher für einen modernen Umweltschutz. Sie nutzen die Chancen der Technik statt auf Verzichtsrhetorik zu setzen. Ökologie und Ökonomie gehen hierbei Hand in Hand.

Weniger ist mehr

Leitbild einer neuen industriellen Revolution sind daher koeffektive und koeffiziente Produkte und Produktionsprozesse, sowie ein nachhaltiges Energiesystem. koeffizienztechnik macht aus Weniger Mehr, koeffektive Techniken fügen sich so in die natürlichen Kreisläufe ein, das überhaupt kein Schaden mehr angerichtet wird; ihr Vorbild ist die Natur selbst – und ihre höchst produktiven, erfolgreichen und schöpferischen Mechanismen. Wasser, Boden und Luft weniger zu verschmutzen ist bereits ein bedeutender Fortschritt, Ziel muss es allerdings sein, sich in die Ökosysteme einzufügen, ohne zu verschmutzen. Wo immer Wege in diese Richtung erkennbar werden, werden wir sie beschreiten und andere auf diesem Weg unterstützen. Die Behauptung, ökologische Pionierstrategien seien zu teuer und vernichteten Arbeitsplätze, stammt noch aus der Steinzeit der Wirtschaftswissenschaften. Denn Erstens findet gegenwärtig trotz hohen internationalen Wettbewerbsdrucks kein weltweiter Abwrtswettkampf bei den kostandards statt, sondern eine Bewegung, die nur in eine Richtung weist: aufwärts! Dutzende von amerikanischen Kommunen haben sich – der Ignoranz der amerikanischen Bundesregierung zum Trotz – ehrgeizige ökologische Ziele gesteckt, genauso wie einige der wichtigsten amerikanischen Bundesstaaten. Das von Teilen der deutschen Industrie bekämpfte Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien wird weltweit aufgrund seines Erfolgs kopiert, und zwar nicht nur im reichen Europa, sondern auch in China. Und Zweitens wird die Bedeutung und Dynamik des technischen Fortschritts verkannt, der durch ehrgeizige ökologische Leitplanken und kräftige Impulse ausgelöst wird.

Im Bereich der Solar- und Windkraftindustrie ist dies bereits in Ansätzen erkennbar. Die Kosten der Windenergie haben sich seit 1990 auf weniger als die Hälfte verringert, während die Nennleistung einer neuen Anlage sich mehr als verzehnfacht hat. Mittlerweile erbringt die Windkraft mehr als 4 Prozent der deutschen Stromversorgung, und dies an den guten Standorten bereits wirtschaftlich zu einem Strompreis von 5 Cent pro Kilowattstunde. Mittlerweile finden 170.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien Arbeit. Mehr und mehr Unternehmerinnen und Unternehmer erkennen daher die Zeichen der Zeit und gehen neue Wege. Wer morgen Weltmarktführer sein will, muss heute in die Entwicklung koeffektiver und koeffizienter Technologien und Produkte investieren. Wir Grüne werden alles tun, um derartige Entwicklungen in Gang zu setzen, zu unterstützen oder zu beschleunigen.

Umweltpolitik ohne Regelungswut

Umweltpolitik in ihrer Breite ist längst nicht mehr gekennzeichnet durch klassische Schutzvorschriften und Paragraphen. Moderne Umweltpolitik ist gestaltende Politik durch kluge Instrumente. Bürokratie war und ist kein Merkmal grüner Umweltpolitik. Hingegen ist beispielsweise die Einführung der so genannten „Abweichungsgesetzgebung“ durch die große Koalition ein bürokratisches Monstrum – 17 gesetzliche Regelungen bundesweit sind eine Katastrophe – neben der Bundesregelung kann jedes Land seine eigene Melodie spielen. Das ist kein harmonisches Konzert für die Umwelt und auch nicht für Wirtschaft. Grüne müssen deshalb selbstbewusst den nordrhein-westfälischen „Feldhamster-Mythos“ berwinden und für unbürokratischen Umweltschutz eintreten. Grüne Umweltpolitik kämpft aktiv gegen bürokratische und lobbyistische Strukturen an. Diese Botschaft müssen wir stärker in den Vordergrund stellen und uns so als moderne Kraft der ökologischen Erneuerung zu etablieren.

Grüne könnten in der Regierungsverantwortung beim Verbraucherschutz punkten. Als Partei der Ökologie und der Bürgerrechte müssen die Grünen weiterhin stark für Informationsrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher eintreten. Der Verbraucher

muss wissen, ob sein Fleisch mit gentechnisch manipuliertem Soja in der Verfütterung erzeugt wurde. Viel zu oft ist nicht erkennbar, dass Alltagslebensmittel aus dem Supermarkt erhebliche Schäden für Mensch und Umwelt hervorrufen, etwa durch Urwaldrodungen für Sojafelder. Grüne können hier ihre Kompetenzen in Umweltpolitik und Bürgerrechtspolitik für mündige Verbraucher in ein gutes Duett bringen. Grüne Umweltpolitik ist keine abstrakte Politik fernab der Lebenswirklichkeit: Die Sanierung von Wohnhäusern ist eines der zentralsten Aufgaben zur Einsparung von Energie und ein konkretes Beispiel für Attraktivität von Umweltpolitik in ihrer Konkretisierung. Die Renovierung alten Wohnbestandes bietet beste Chancen für grüne Politik. Der Flächenverbrauch kann durch Sanierungsprojekte verringert werden, ein Zusammenleben von jung und alt kann ermöglicht werden und es können attraktive Lebensräume in der Stadt geschaffen werden. Die Akzeptanz von Energiesparmaßnahmen besteht auch deshalb, weil Sanierungen Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen in enormem Umfang absichern. Nicht nur die Produktion Erneuerbarer Energien schafft Arbeitsplätze, sondern durch konkrete Energiesparmaßnahmen wird Rohstoffverbrauch durch Handwerksleistungen ersetzt. Es wird in Arbeit investiert, statt in Rohstoffe. Grüne Politik muss diese Konsequenz noch stärker aufzeigen.

Soziale und ökologische Fragen stehen für uns auf einer Augenhöhe und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Viele soziale Fragen resultieren aus ökologischen Problemen – und umgekehrt. Es sind häufig die sozial Schwächeren, die am meisten unter Lärm, Luftverschmutzung, ungesunden Nahrungsmitteln und Giftstoffen zu leiden haben. Ökologisches Umsteuern ist zur globalen Existenz- und Gerechtigkeitsfrage geworden. Die Verteilung von Ressourcen steht künftig viel stärker unter dem Vorzeichen der Verknappung und wirft damit weltweite Verteilungs- und Teilhabeprobleme auf. Unsere Ansätze in der Umweltpolitik dürfen diese sozialen Folgewirkungen in der globalisierten Welt nicht außer Acht lassen.

Global denken – aktueller denn je

In der wachsenden Weltbevölkerung steigt der Rohstoffbedarf. Globaler Klimawandel, Ökologieprobleme und Überbevölkerung belasten die Tragfähigkeit heutiger Systeme. Deshalb bedarf es einer neuen Ressourcen-Politik. Mit höherem Wohlstand wird auch der Konsum rohstoffintensiver. Es kommt in allen Weltregionen zu einem größeren „Ressourcen-Hunger“ – allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Eine gerechte Gestaltung der Globalisierung erfordert den Zusammenhang von Armut und Nachholbedarf in einem Teil der Erde und der Ressourcenverschwendung an anderer Stelle anzuerkennen und zu überwinden. Eine zukunftsfähige Umweltpolitik hört dabei nicht an den Grenzen Deutschlands auf – im Gegenteil. Umweltprobleme sind globale Probleme: Erderwärmung, Ressourcenschwund, die Zunahme von Naturkatastrophen betreffen alle. Es reicht nicht nur in Deutschland Energieeffizienz einzufordern, auch die großen Verbraucher wie die USA müssen endlich die Schadhaftigkeit ihres Handels erkennen und umlenken. Auch der permanent wachsende Energiehunger Chinas muss entsprechend geleitet werden. Würde ein Chinese im Durchschnitt so viel Energie verbrauchen wie ein Amerikaner, wäre alleine für den Energieverbrauch Chinas die Gesamtmenge des täglich geförderten Öls notwendig. Abhilfe können hier nur die Erneuerbaren Energien schaffen. Umweltpolitik und nachhaltiges Handeln ist nicht allein eine Aufgabe handelnder Politik. Die Nachhaltigkeitsstrategie der rot-grünen Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass interdisziplinäre Bildung ein Schlüssel für die Vermittlung von mehr Umweltbewusstsein ist. Bildungspolitik und Umweltpolitik gehen hier Hand in Hand. Die Grünen als Bürgerrechtspartei stehen auch für starke Beteiligungsrechte im Umweltschutz, ein Beispiel ist die Verbandsklage. Die FDP als vermeintliche Bürgerrechtspartei steht für die Abschaffung der Verbandsklage und macht deutlich, dass sie entgegen allen Proklamierungen nicht für einen zivilgesellschaftlichen Umweltschutz steht. Die Zeit für Umweltpolitik ist nicht vorbei, sondern so aktuell wie nie zuvor. Die Grünen müssen radikaler Anwalt für die Umwelt sein, unterscheidbar von den anderen Parteien. Dieses Eintreten für die Umwelt verlangt zwar Sorge, aber keinen Pessimismus. Neue Umweltpolitik ist eine Politik mit Chancen zur Gestaltung. Umweltpolitik ist keine Besserwisserpolitik mit Zeigefinger, sondern muss vermittelt werden als Politik zur Erhaltung und Schaffung von Lebensqualität in Gegenwart und für die Zukunft.

Für eine grüne Bildungsrevolution

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts und bestimmt wie kein anderes Politikfeld über die gesellschaftliche Solidarität in der Zukunft. Viele sozialpolitische Interventionen würden durch eine präventive Bildungs- und Qualifizierungspolitik überflüssig. Die realen Chancen auf ein eigenständiges Leben und Teilhabe in allen Lebensbereichen hängt untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Eine große Bildungsreform ist daher die Zukunftsaufgabe Nr. 1. Nur so erreichen wir mehr Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Innovationsfähigkeit. Eine ökologische Gesellschaft kann es ebenfalls nur durch frühe Vermittlung von Umweltbewusstsein geben. Kein Bildungssystem ist aber so selektiv, undurchlässig und ungerecht wie das deutsche: In den OECD-Ländern entscheidet nirgendwo die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg und wird Bildungsarmut so stark vererbt wie hierzulande. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen oder benachteiligten Familien haben dramatisch geringe Chancen, um sich ihren Potentialen gemäß zu entwickeln. Dies ist einer der größten gesellschaftspolitischen Skandale unserer Zeit. Exklusion definiert sich dabei nicht nur über materielle Notlagen, sondern insbesondere über einen Mangel an Bildung, Gesundheit und sprachlichen Fähigkeiten sowie kultureller und sozialer Teilhabe. Nur ein kindzentrierter Ansatz kann helfen, Kinder aus diesen Armutsfallen herauszuholen. Schlechte Entwicklungschancen in jungen Jahren, schmälern die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Bildungsverlierer von heute sind die Arbeitslosen und Transferempfänger von übermorgen. Daher muss unser Bildungssystem dringend leistungsfähiger, präventiver und gerechter werden. Für gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt ist Bildung die entscheidende Basis.

In diesem Sinne fordern wir ein radikales Umdenken in der Bildungspolitik. Wir brauchen umgehend durchgreifende Strukturreformen und eine Qualitätsoffensive im Bildungssystem. Wir wollen nicht weniger als eine Bildungsrevolution! Denn: Die gravierenden Gerechtigkeitsdefizite unseres Bildungssystems sind ein Hemmschuh auf dem Weg in die wissensbasierte Ökonomie. Innovationskraft, Kreativität und ökonomische Dynamik leiden darunter. Wir können es uns auch aus volkswirtschaftlichen und demografischen Gründen nicht leisten, auch nur ein Kind zu verlieren.

Notwendig sind eine intensivere frühkindliche Bildung, individuelles Fördern in Kindertagesstätten und Schulen, längeres gemeinsames Lernen und eine progressive Schulstruktur. Es geht darum, die Potenziale aller zu wecken. Dafür brauchen wir eine neue Kultur des Aufwachsens und massive Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Bildungseinrichtungen müssen zudem fit machen für die Einwanderungsgesellschaft – sie sind Orte der Integration und des interkulturellen Lernens. Wir müssen eine anstrengende und langfristige Aufholjagd starten, um wieder zu einer erfolgreicheren Bildungsnation zu werden. Die verabschiedete Föderalismusreform ist dafür ungeeignet, weil sie auf bildungspolitische Kleinstaaterei setzt – anstatt auf mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern. Als junge Grüne haben wir dagegen eine klare Bildungsagenda, die konkrete Umbauschritte beschreibt. Bildungsrevolution muss demnach in den Institutionen vor Ort beginnen. Kooperationsverbünde bestehend aus KiTas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Hochschulen, Volkshochschulen, Weiterbildungsträgern und lokaler Wirtschaft, schaffen neuartige Bildungsregionen und Innovationscluster. Gute Beispiele gilt es dann in die Fläche zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass wir das lebenslange Lernen in allen Altersgruppen verstärken müssen. Hierfür benötigen eine Stärkung der Weiterbildungskultur sowie neue Ideen und Instrumente für eine zukunftsweisende Bildungsfinanzierung. In einem ersten Schritt brauchen wir mehr Bildung von Anfang an.

Früh übt sich – ein guten Start für alle Kinder

Die vorschulische Bildung wollen wir kontinuierlich ausbauen. Dazu gehört Infrastrukturförderung genauso wie die Elternkompetenzen zu stärken. Frühkindliche Bildung von Vorschulkindern kommt eine Schlüsselrolle zu, weil durch spielerisches Lernen die entscheidenden Weichen kindlicher Entwicklung gestellt werden, so zum Beispiel So-

zialverhalten und Spracherwerb. Daher fordern wir einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Damit schaffen wir qualifizierte Angebote für unter Dreijährige, verbessern die Vereinbarkeit von Familien und Beruf für junge Eltern und steigern die Frauenerwerbstätigkeit. In Kindertagesstätten wollen wir den Dreiklang aus Bildung, Betreuung und Erziehung stärken. Auf diese Weise schaffen wir ein positives Lernklima. Kindertagesstätten sollen als Eltern-Kind-Zentren zu Kristallisationspunkten im Stadtteil werden, verbunden mit Erziehungs- und Familienberatung sowie Familienbildungsangeboten. Englische Early-Excellence-Center sind hierfür unser Vorbild. Qualitätsentwicklung braucht einen kontinuierlichen Prozess in der Zusammenarbeit von Eltern, Einrichtung und ErzieherInnen und ein Gütesiegel für besonders empfehlenswerte Kindertagesstätten. Dazu braucht es Bildungsvereinbarungen, ein Evaluierungssystem zur Qualitätssicherung und eine ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau. Für Angebote der Tagespflege benötigen wir Zertifizierungssysteme, begleitende professionelle Unterstützung und verpflichtende Weiterbildungsangebote für Tagesmütter. Vorschulische Sprachstandserhebungen und Sprachkurse werden in der neuen KiTa zur Regel, um Integration und Chancengleichheit zu fördern. Durch sinkende Kinderzahlen frei werdende Landesmittel sollten nicht zurück zum Finanzminister, sondern müssen in die Betreuung unter Dreijähriger sowie in Qualitätsverbesserungen fließen. Den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr wollen wir über die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Individualsplitting finanzieren. Daneben brauchen wir soziale Frühwarnsysteme, verstärkte Gesundheitsförderung und obligatorische Früherkennung, mehr Prävention, Vorsorge und Förderung, um Entwicklungsdefizite zu überwinden und Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Auch eine bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschule, z.B. durch flexible Schuleingangsphasen, trägt zu einem starken Start von Kindern bei. Wir wollen zudem geschlechtergerechte KiTas und Grundschulen: Statt einer weiteren Verweiblichung in allen Erziehungs- und Lehrberufen wollen wir mehr Männer für frühe Förderung von Kindern begeistern. Kindertagesstätten und Schulen müssen darüber hinaus zu Orten gelebter Demokratie werden: Kinder- und Jugendpartizipation fördern Selbstbewusstsein, soziales Handeln und legen damit auch den Grundstein für eine aktive Bürgergesellschaft. Echte Mitwirkung in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendarbeit ist ein wirksamer Baustein zur Prävention von Konflikten und Gewalt.

Schule radikal umbauen

Das Schulsystem muss individuelle Förderung ermöglichen. Die Stärken und Begabungen der einzelnen Kinder, ihr Entwicklungstempo und ihr familiärer und sozialer Hintergrund müssen stärker berücksichtigt werden. Wir setzen uns daher für einen massiven Ausbau der Ganztagsangebote ein, von denen alle Kinder profitieren. Ganztags bringt für Kinder vor allem mehr Zeit zum Lernen und verlässliche Schulzeiten. Für berufstätige Eltern ist dies ein riesiger Fortschritt, um Kind und Karriere zu verbinden. Für Lehrkräfte folgt ein neues Berufsbild: Höhere Präsenzzeiten als Lernberater, engere Team-, Beratungs- und Elternarbeit steht einer Entlastung der Freizeit gegenüber. Außerschulische Kooperationspartner und multiprofessionelles Personal sorgen in der Schule für frischen Wind und einen Qualitätssprung. In zahlreichen Regionen haben Eltern bislang keine Wahlfreiheit, wenn sie ihre Kinder in einer Ganztagschule fördern lassen wollen. Daher benötigen wir einen zügigen Ausbau. Die Konservativen müssen hierbei endgültig ihre ideologischen Scheuklappen abnehmen und dürfen den Modernisierungsschritt nicht länger behindern. Bei der Föderalismusreform haben sich die Hardliner der Unionsministerpräsidenten durchgesetzt: Im Schulbereich gilt künftig ein absolutes Kooperationsverbot, so dass innovative Investitionen wie das rot-grüne Ganztagschulprogramm fortan verfassungsrechtlich verboten ist. Dies ist ein gravierender Rückschritt und verzögert die bildungspolitische Entwicklung erheblich. Wir fordern daher alle Bundesländer dazu auf, flächendeckende Ganztagsangebote aus eigener Kraft zu schaffen. Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem und die frühe Sortierung in eine Schulform ist nicht mehr zeitgemäß, sondern zementiert ungleiche Bildungschancen: Unser System benachteiligt Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien nachweislich. Zur Zeit ist Deutschland schulpolitisches Entwicklungsland: Unser Schulsystem vergeudet durch Schulabbruch, massenhaftes Sitzenbleiben und den Schulwechsel auf eine tieferrangige Schulform systematisch Potenziale. In der demografischen Schrumpfung und im inter-

Hochschule neu denken: Bildungsexpansion statt Magersucht

nationalen Wettbewerb ist dies eine fatale Entwicklung, die es umzudrehen gilt. Wir setzen uns daher für Gemeinschaftsschulen nach skandinavischem Vorbild ein, in denen länger gemeinsam gelernt und individueller gefördert wird. Verbunden mit einem neuen Lernklima erhalten wir auf diese Weise – siehe PISA – bessere Ergebnisse in der Spitze und in der Breite. Dazu brauchen wir auch eine praxisnähere Lehrerbildung und neue Diagnose- und Förderinstrumente. Längeres gemeinsames Lernen schafft ein leistungsfähigeres Schulsystem, hebt das Bildungsniveau an und führt zu mehr qualifizierten Abschlüssen mit einer höheren Abiturientenquote. Kurzum: Wir erreichen mehr Leistung und Motivation durch Fördern statt Aussortieren!

Schulen, Lehrer und Schüler brauchen mehr Freiräume und weniger bürokratische Gängelung. Wir treten daher ein für selbstständige Schulen: Die Schule der Zukunft soll sich weitgehend selbst steuern, aber als Institution Verantwortung für das Erreichen der Bildungsziele übernehmen. Den Schulen soll dabei selbst überlassen bleiben, auf welchem Weg sie vorgegebene Bildungsziele erreichen wollen. Dazu gehört auch, dass autonome Schulen über ihre Ergebnisse Rechenschaft ablegen, durch Schulinspektoren und eine modernisierte Schulaufsicht als Beratungsagentur überprüfen lassen. Wir wollen, dass Schulen in Zukunft selbst über ihren Personaleinsatz, über die Unterrichtsgestaltung und über die Verwendung ihrer Finanzmittel entscheiden können. Schulgesetze, Erlasse und Richtlinien sind auf das Notwendigste zu reduzieren, damit Schulen ihre neuen Freiheiten voll entfalten können. Selbstständigkeit kann ferner eine demokratische Beteiligungskultur fördern. Das Lernfeld „Partizipation“ gehört genauso wie die Einführung von Streitschlichter-Programmen an alle ganztägigen und autonomen Schulen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung entfacht keine Bildungsrevolution, sondern setzt auf bräsigen Revisionismus: Sie ignoriert mit ihrem Schulgesetz die Bildungsexpertise der vergangenen Jahre. Sie verstärkt Selektion statt Lernmotivation. Sie steuert zurück ins Biedermeier-Zeitalter. Unsere Ansätze für eine Neue Schule sind modern, zugleich radikal. Für ein neues Bildungssystem streiten wir genauso leidenschaftlich wie wir es für den Atomausstieg getan haben und weiter tun werden. Für die notwendigen bildungspolitischen Transformationsschritte wollen wir verstärkt gesellschaftliche Mehrheiten und noch mehr Verbündete finden.

Hochschule neu denken: Bildungsexpansion statt Magersucht

In den Hochschulen hat sich die Vererbung von Bildungschancen extrem zementiert. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben trotz gleicher Begabung und Potenziale wesentlich geringere Chancen auf Hochschulzugang und -abschluss als Kinder von Akademikern. Wir müssen daher unser Hochschulsystem für grundlegende Veränderungen öffnen, um gerechte Chancen auf Teilhabe zu verwirklichen. Die Weichen für den Zugang zu tertiärer Bildung werden bereits in jungen Jahren gelegt. Wissenschaft, Forschung und Innovation, aber auch der Bildungsgrad der Einzelnen entscheiden über den künftigen Wohlstand in Deutschland. Daher brauchen wir eine höhere Bildungsbeteiligung, Studierenden- und Absolventenquote.

Die Hochschulen sind der einzige Bereich, in dem sich die demografische Entwicklung umkehrt: In den kommenden 5 Jahren ist mit einem Anstieg der Studienberechtigten um über 20 Prozent zu rechnen. Unter der Voraussetzung ausreichender Studienplatzkapazitäten würden die Absolvierendenzahlen bis 2019 um bis zu 53 Prozent ansteigen. Ein solcher Anstieg an Studienberechtigten ist eine einmalige Chance, die Jahrgangsquoten im Bereich der tertiären Bildung auf das Niveau vergleichbarer Industrienationen anzuheben und somit Teilhabe und Innovationen zu steigern. Statt Schrumpfkuren brauchen wir daher eine neue Expansion an den Hochschulen, quantitativ und qualitativ. Zahlreiche Bundesländer reduzieren aber ihre Studienplatzkapazitäten und streichen bei den Angeboten – eine fatale und falsche Weichenstellung. Immer weniger Studierwillige werden einen Studienplatz finden, immer mehr vor verschlossenen Uni-Türen stehen. Der „Zukunftspakt“ der schwarz-gelben Landesregierung ist ein Pakt mit der Vergangenheit und wird den Aufbau von Kapazitäten am wichtigsten Hochschulstandort in Deutschland verhindern. Die Länder und ihre Hochschulen stehen aber in der Verantwortung, ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen bereitzustellen

und zusätzliche Personalkapazitäten aufzubauen. Im Hochschulpakt müssen zwischen Bund und Ländern verbindliche Lösungen zum Kapazitätsausbau verabredet werden. Wir wollen zudem einen gerechten Lastenausgleich zwischen den Bundesländern mit einem hohen und denen mit einem niedrigen Anteil an Ausbildungsleistungen schaffen. Daneben wollen wir künftig frei werdende ProfessorInnenstellen vorzeitig besetzen, um für den Zeitraum deutlich höherer Studierendenzahlen eine bessere Personaldecke zu ermöglichen. Nur mit radikalen Schritten lassen sich Bildungsbeteiligung und Teilhabegerechtigkeit erhöhen und einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirken.

Eine erneute „Untertunnelung“ des „Studentenbergs“ wie in den 70er Jahren darf es nicht geben. Stattdessen muss die chronische Unterfinanzierung des Hochschulsystems überwunden, Staat und Wirtschaft ihrer finanziellen Verantwortung endlich gerecht werden. Pinkwart und Rüttgers setzen die Weichen in eine falsche Richtung: neoliberale Schrumpfung an den NRW-Hochschulen statt neue Bildungsexpansion, neue Gängelungen von Universitäten und Fachhochschulen durch das „Hochschulfreiheitsgesetz“.

Im jetzigen Hochschulsystem sorgen Studiengebühren für neue soziale Spaltungen. Dies nimmt die NRW-Landesregierung billigend in Kauf und kassiert bei Studierenden ab. Wir wollen nicht, dass Menschen aus sozialen und finanziellen Gründen vom Studieren ausgeschlossen werden. Im Gegenteil: Wir wollen, dass mehr junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit bekommen zu studieren. Solange es in Deutschland de facto kein Stipendiensystem gibt und Studienkredite zu hohen Verschuldungsrisiken führen, sind Studiengebühren für uns nicht hinnehmbar. Wir halten am gebührenfreien Erststudium fest. Unionsregierte Bundesländer, die allgemeine Studiengebühren einführen, müssen unabhängige Monitoring-Beiräte einrichten, um die Auswirkungen auf Studierende zu evaluieren. Wir bleiben dabei: Grüne Studienkonten, die ein gebührenfreies Studieren in der 1,5-fachen Regelstudienzeit ermöglichten, sind als intelligentes Steuerungsmodell allgemeinen Studiengebühren ab dem ersten Semester haushoch überlegen. Wir brauchen dringend den Aufbau von Stipendiensystemen, da derzeit nur knapp 2% aller Studierenden ein Stipendium erhalten. Das staatlich finanzierte Bafög muss weiterentwickelt und zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung werden. Es darf durch privatwirtschaftliche Studienkredite nicht zum Auslaufmodell degradiert werden. Als nächsten Schritt brauchen wir dringend ein grünes Bildungsfinanzierungskonzept, welches die Lebenshaltungskosten von Studierenden berücksichtigt.

Die Internationalisierung der Hochschulen ist eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Wir wollen alles tun, um einen europäischen Hochschulraum zu schaffen, der echte Mobilität und Vergleichbarkeit ermöglicht. Der Bologna-Prozess ist richtig, seine nationale Umsetzung darf aber nicht zu neuen Mobilitätshemmnissen oder einem Schmalspur-Studium führen. Die Föderalismusreform ist in diesem Zusammenhang alles andere als europatauglich: Wissenschaft darf der Bund nur fördern, wenn alle Länder zustimmen. Das bedeutet ein einziger Ministerpräsident kann Veto einlegen – ein Koch verdirbt den Brei. Dies ist europa- und bildungspolitisch rückständig.

Für neue Wege in die Teilhabegesellschaft

Die Globalisierung hat Unsicherheiten und Spannungen verstärkt. Sie führt tendenziell zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, bis hin zu einer möglichen Spaltung der Gesellschaft. Eigentlich, so sagte der amerikanische Ökonom Paul Samuelsson kürzlich, müssten wir den Menschen sagen, sie lebten „in einer Lotterie“. Einen Teil der Antwort auf diese zunehmenden Untiefen haben wir bereits gegeben. Wir wollen Segel setzen, damit unsere Wirtschaft Fahrt aufnehmen kann, und zwar in Kenntnis eines Hafens, den es anzusteuern gilt. Doch mehr Dynamik und eine stimmige Vision einer besseren Zukunft alleine reichen nicht aus. Keiner darf auf unserer Fahrt verloren gehen. Jeder soll an den sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rechten und Errungenschaften teilhaben können. Deshalb brauchen wir - als zweiten Teil der Antwort - eine soziale Grundsicherung, auf die sich die Menschen auch in stürmischer Zeit verlassen können.

Grüne Politikkonzepte müssen auf Freiheit, Emanzipation und Teilhabe setzen, um eine breite Unterstützung für durchgreifende Strukturreformen zu gewinnen. Wir dürfen dabei niemanden zurücklassen. Spaltungen in Modernisierungsgewinner und -verlierer führen bereits jetzt in unserer Gesellschaft zu sozialen Spannungen. Deshalb müssen sie durch gezielte Förderung und Unterstützung der vom Abstieg Bedrohten vermieden werden. In einer so verstandenen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geht also nicht um Bevormundung, sondern um Aktivierung und somit um Teilhabegerechtigkeit. Dieser Fokus schärft den Blick auf die drängenden Probleme unserer Zeit: Arbeitslosigkeit, neue Armut, Bildungsbenachteiligung und die demografische Alterung. Ein grünes Gesamtkonzept gegen soziale Exklusion und für solidarische Modernisierung, muss mehr Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft organisieren und bedeutet Parteinahme für die Schwachen. Dies ist das Gegenteil von Klientelpolitik und unterscheidet uns Grüne von manchen unserer Konkurrenten im Parteiensystem.

Für eine soziale Grundsicherung

Eine solche Grundsicherung fordert den Menschen einiges ab, um viel geben zu können. Sie gewährt Rechte und begründet zugleich damit korrespondierenden Pflichten, und stärkt so gesellschaftliche Solidarität. Sie aktiviert die Menschen und eröffnet Chancen, statt sie aufs Abstellgleis zu stellen. Sie setzt auf Kooperation und Ermutigung statt Konfrontation und Bezeichnung, „tough love“ inklusive. Sie räumt der Vorsorge Vorrang vor der Nachsorge ein. Sie setzt auf effektive und effiziente Institutionen und ist auf Vereinbarkeit mit den Marktkreisläufen angelegt. Sie ist zugleich die Grundlage und das Ergebnis einer prosperierenden Ökonomie; sie ist deren Grundlage, weil die Menschen kreativer sind und mehr Risiken eingehen, wenn sie sich auf eine Grundsicherung verlassen können. Und sie ist deren Ergebnis, da nur eine prosperierende Ökonomie die finanziellen Mittel abwirft, auf die eine starke Grundsicherung angewiesen ist.

Gegenwärtig sind wir von einer solchen Grundsicherung noch weit entfernt. Zwar wird den Menschen nach der Einführung der Hartz-Gesetze mehr abgefordert, aber im Gegenzug nicht genügend Chancen eröffnet. Die Angst vor dem schnellen Absturz in die Sozialhilfe wird nicht durch das Versprechen gemildert, schon bald wieder einen neuen Job zu finden. Weil es zu wenige Jobs gibt, wirkt das Postulat der Aktivierung hohl und zynisch. Die Mehrzahl der Menschen steht noch immer auf dem Abstellgleis, von dem wir sie herunter holen wollten, viele davon bereits sehr lange. Zwar war es richtig, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen und den Verschiebebahnhof dazwischen abzuschaffen, doch wurde zugleich die Arbeitsverwaltung so stark verkompliziert, dass von Effektivität und Effizienz noch immer nicht die Rede sein kann. Deshalb haben einige die Flinte ins Korn geworfen und ein Konzept entwickelt, das Arbeitslosigkeit als unvermeidbar hinnimmt, die Arbeitsverwaltung abschafft und jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen gewährt, mit dem man über die Runden kommen kann. Doch mit diesem vermeintlichen Allheilmittel wäre in Wahrheit niemandem geholfen; mehr noch, wir kämen vom Regen in die Traufe.

Nein zum bedingungslosem Grundeinkommen

Wie zahlreiche Nachbarländer beweisen, ist Arbeitslosigkeit kein naturgesetzliches Phänomen einer entwickelten Industriegesellschaft, sondern die Folge jahrzehntelanger verfehlter Politik. Wie wäre es sonst zu erklären, dass die Beschäftigungsquoten einiger unserer Nachbarländer um Längen höher liegt als die deutsche? Das Beispiel unserer Nachbarn zeigt: Wenn wir die Beschäftigungspotentiale der Dienstleistungs- und Wissensökonomie erschließen, können wir Arbeitslosigkeit massiv abbauen. Doch wir Grüne wollen mehr: Wir wollen zusätzlich die Beschäftigungspotentiale des ökologischen und gemeinnützigen Sektors voll erschließen. Hier gibt es Arbeit en masse. Arbeitslosigkeit muss daher nicht als unvermeidbar hingenommen werden, allen Unkenrufen zum Trotz. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde zudem die Klüfte unserer Gesellschaft nicht mindern, sondern eine Spaltung der Gesellschaft zementieren. Statt die Menschen zu aktivieren und einzubinden, die Arbeitsverwaltung zu verbessern und ihnen eine schnellere und passgenauere Hilfe zu Teil werden zu lassen, würden sämtliche Handreichungen, Eingliederungshilfen und Weiterbildungsaktivitäten eingestellt und der Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit für viele zu einer Unmöglichkeit.

Die Folgeerscheinungen langjähriger Ausgrenzung von der Arbeitswelt sind immer wieder beschrieben worden und reichen von körperlichen und psychischen Krankheiten, dem Verlust sozialer Kompetenz und der schwindenden Fähigkeit zur Selbstorganisation bis hin zu Überschuldung und Suchtverhalten. Zu meinen, diese Probleme seien allesamt das Ergebnis einer ungerechtfertigten Stigmatisierung der Arbeitslosen und könnten durch die bloße Umwidmung der Arbeitslosigkeit zu einer Situation der Freiheit behoben werden, ist nicht plausibel. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass die Mehrzahl der Probleme bleiben würde, der Druck zur Lösung der Probleme jedoch nicht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen widerspricht einer emanzipativen Sozialpolitik, da es Arbeitslose per Stillhalteprämie auf das Abstellgleis stellt.

Das Konzept des bedingungslosen Einkommens ist auch die falsche Antwort auf den demographischen Wandel. Das ohnehin schrumpfende, alternde Erwerbspersonenpotential würde nicht entwickelt und gestärkt, sondern künstlich verknappt werden. Die Kosten für den zunehmenden Bedarf an Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich würden in die Höhe getrieben und dadurch für viele unbezahlbar werden. Denn ein bedingungsloses Grundeinkommen wirkte nicht – wie bisweilen behauptet wird – wie ein Kombilohn für alle, sondern wie ein hoher, gesetzlich festgelegter Mindestlohn. Für einfache Arbeiten und Dienstleistungen müsste daher nicht weniger, sondern mehr Geld als heute bezahlt werden. Unklar ist auch, wie der Übergang von differenzierten sozialen Sicherungssystemen hin zu einer universellen Grundsicherung bewerkstelligt werden soll. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die Versicherten allein im Rahmen der Rentenversicherung Anwartschaften aufgebaut, die durch das Recht auf Eigentum verfassungsrechtlich geschützt sind. Während einer Übergangsphase müssten diese Anwartschaften zusätzlich zu den bedingungslosen Grundeinkommen ausgezahlt werden. Schon allein der Übergang von dem gegenwärtigen Rentensystem zu einer steuerfinanzierten Grundrente gilt daher nach einhelliger Meinung der Experten als nicht finanzierbar.

Zusätzlich dazu den ungeheuren Finanzbedarf eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle sicherzustellen, ist schlicht illusorisch. Selbst bei einer äußerst bescheidenen Bemessung des Grundeinkommens, das kaum über das soziokulturelle Existenzminimum hinausreichen würde, würden 600 Milliarden Euro gebunden werden, bei einer großzügigeren Ausgestaltung mehr als 1.000 Milliarden. Hinzu kämen Sonderleistungen für behinderte, kranke und pflegebedürftige Menschen, bei denen das Grundeinkommen nicht zur Sicherstellung einer angemessenen Versorgung ausreichte sowie Ausgaben für eine Verwaltung, welche die besonders Bedürftigen vom Rest unterscheidet. Insgesamt addierten sich die Summen zu einem Betrag, der nur durch eine exorbitante Neuverschuldung oder durch eine erhebliche Steigerung der Abgabenquote abgedeckt werden könnte. Dies wirkte sich – angesichts der ungeheuren Größe der Beträge, um die es geht – negativ auf die Leistungsbereitschaft der Erwerbstätigen und die Investitionstätigkeit der Unternehmen aus, was wiederum die Verteilungsspielräu-

Gezielte Aktivierung: Für mehr Jobs

me einschränken würde. Deshalb könnte man sich auf eine derartige Grundsicherung nicht verlassen und was nicht verlässlich ist, ist nichts wert.

Gezielte Aktivierung: Für mehr Jobs

Um unser Versprechen des Forderns und Förderns einzulösen und Arbeitslosigkeit massiv abzubauen, wollen wir das Beschäftigungspotential des Dienstleistungssektors voll erschließen. Insbesondere im Bereich der einfachen Dienstleistungen könnten schnell und unbürokratisch mehr Jobs geschaffen werden. Davon würden insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung, Menschen ohne Berufsqualifikation und MigrantInnen der zweiten und dritten Generation profitieren. Denn aus international vergleichenden Studien wissen wir, dass es in diesem Sektor Arbeit en masse gibt, auch wenn sie in Deutschland brachliegt. Grund dafür ist die schädliche Wirkung der hohen deutschen Sozialversicherungsbeiträge auf einfach ersetzbare, preiseempfindliche Dienstleistungen. Die Schlüsselaufgabe besteht also darin, die Lohnnebenkosten für geringe Einkommen gezielt und spürbar abzusenken.

Deshalb schlagen wir vor, analog zur Einkommens- und Lohnsteuer ein Progressivmodell oder einen großzügigen Freibetrag einzuführen, der die unteren Lohngruppen und die Einkommen aus Teilzeitarbeit gezielt von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Die Finanzierung wollen wir nicht durch Leistungskürzungen sicherstellen, sondern durch eine Verlagerung der Finanzierungslasten des Sozialstaats hin zu einer stärkeren Finanzierung durch Steuern. Leistungskürzungen konnten in der Vergangenheit die Lohnnebenkosten allenfalls stabilisieren, aber nicht nachhaltig vermindern. Zur Finanzierung durch Steuern kommt eine Mehrwertsteuererhöhung nicht in Betracht, da sie die Binnennachfrage belastet und zugleich die für Schwarzarbeit anfälligen einfachen Dienstleistungen noch weiter verteuern. Wir schlagen stattdessen eine gemischte Finanzierung aus der Erhöhung der Steuern auf mittlere und höhere Arbeitseinkommen auf der Grundlage einer dualen Einkommenssteuer und die Erhöhung von Schadstoffsteuern im Rahmen einer ökologischen Finanzreform vor.

Denn die mittleren und höheren Einkommensgruppen sind im Gegensatz zu den niedrigeren Einkommensgruppen in der Lage, ihren Konsum durch Verminderung der Sparquote aufrecht zu erhalten und gefährden dadurch die Binnennachfrage nicht. Außerdem wollen wir zusätzliche Spielräume durch eine ökologische Finanzreform hinzugewinnen, beispielsweise durch die Anhebung der Steuern auf dem Wärmemarkt und den Abbau von Subventionen von Kohle und Atom. Anders als immer wieder behauptet wird, haben derartige Steuererhöhungen in der Summe keine negative Wirkung auf die Beschäftigung, da der durch strengere Ökostandards ausgelöste technische Fortschritt etwaige Kosten mehr als kompensiert.

**Es gibt viel zu tun – packen wir es an,
werden wir uns der Chancen der Gestaltung bewusst!**

Die Autoren:

Autoren@Herausforderung-Zukunft.de



Kai Gehring

KV Essen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kai@Herausforderung-Zukunft.de



Arndt Klocke

KV Köln

Landesvorsitzender
Die Grünen NRW

Arndt@Herausforderung-Zukunft.de



Marcel Raschke

KV Bielefeld

Sprecher BV
Ostwestfalen-Lippe

Marcel@Herausforderung-Zukunft.de



Martin-Sebastian Abel

KV Düsseldorf

Pol. Geschäftsführer
Grüne Jugend NRW

Martin@Herausforderung-Zukunft.de



Carsten Steinert

KV Düsseldorf

Sprecher der LAG Wirtschaft & Finanzen NRW

Carsten@Herausforderung-Zukunft.de

Die Unterstützer:

***Dagmar Hanes**

Kreisvorsitzende Grüne KV Soest

***Benjamin Müller**

Sprecher Junge Grüne Düsseldorf

***Can Erdal**

Kreisvorstand Grüne KV Düsseldorf